

# **BASLER AFRIKA BIBLIOGRAPHIEN**

**Namibia Resource Centre - Southern Africa Library**

**Oliver C. Ruppel**  
(Stellenbosch University)

**Wasser, Land und Politik im südlichen Afrika**

**BAB Working Paper No 1: 2011**

**ISSN 1422-8769 © The author © Basler Afrika Bibliographien**

**Presented at the Basler Afrika Bibliographien, Basel**

**6 December 2011**

**Basler Afrika Bibliographien Klosterberg 23 CH 4051 Basel Switzerland**

**Tel + 41 61 228 93 33 Fax + 41 61 228 93 30 Email [bab@baslerafrika.ch](mailto:bab@baslerafrika.ch)**

# **BASLER AFRIKA BIBLIOGRAPHIEN**

**Namibia Resource Centre - Southern Africa Library**

## **BAB Working Papers**

(ISSN No 1422-8769)

The BAB Working Papers are being published since 1995. Recent numbers include:

- Working Paper No 5: 2008 Alfredo Tjiurimo Hengari**  
Thinking about democracy in Namibia
- Working Paper No 6: 2008 Ulrike Lindner**  
Contested concepts of “white” and “native” in neighbouring colonial empires. Mixed marriages in German South-West Africa and the Cape Colony
- Working Paper No 1: 2009 Clemens Greiner**  
Beyond the Rural-Urban Divide:  
Migration in Post-Colonial Namibia
- Working Paper No 2: 2009 Robert Heinze**  
The Voice of Namibia.  
Zu Geschichte und Programm des namibischen Radios im Exil
- Working Paper No 3: 2009 Robin Tyson**  
Tools of the Regime. Namibian Radio History and Selective Sound Archiving 1979–2009
- Working Paper No 1: 2010 Werner Hillebrecht**  
The Preservation of the Audio Heritage of Namibia.  
Challenges and Opportunities
- Working Paper No 2: 2010 Oliver C. Ruppel**  
Women’s Rights and Customary Law in Namibia:  
A Conflict between Human and Cultural Rights?
- Working Paper No 3: 2010 Jan-Bart Gewalt**  
From Kaliloze to Karavina:  
The historical and current use and context of  
“Kaliloze witch guns” in Western Zambiae

**ORDER** (CHF 5.00 each + p&p):

**Basler Afrika Bibliographien Klosterberg 23 CH 4051 Basel Switzerland  
[www.baslerafrika.ch](http://www.baslerafrika.ch)**

# Wasser, Land und Politik im südlichen Afrika

Oliver C. Ruppel  
(Stellenbosch University)

## Einleitung

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) vorgestellt, bevor die Brennpunkte „Wasser und Land“ im Einzelnen besprochen werden. Sowohl Wasser als auch Land sind knappe Ressourcen in der Region. Das Thema Wasser wird eher aus umweltpolitischer Sichtweise und auch im erweiterten Kontext des voranschreitenden Klimawandels behandelt. Obwohl die Landfrage ebenfalls eng damit verbunden ist, hat insbesondere die Landverteilungsfrage auch sicherheitspolitische Relevanz, was am Beispiel Namibia und Simbabwe genauer untersucht wird. Zweifelsohne sind beide Themengebiete nicht nur aufs Engste miteinander verknüpft, sondern von herausragender entwicklungspolitischer Bedeutung, um einer Destabilisierung der Ordnung im südlichen Afrika vorzubauen. Im selben Zusammenhang werden Themen wie Menschenrechte und Armut, Migration und Konflikte sowie Entwicklungshilfeansätze beleuchtet und mit praktischen Beispielen (in Form von Exkursen) unterlegt.

## Die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC)

Die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (*Southern African Development Community – SADC*) in ihrer heutigen Form wurde 1992 in Windhoek, Namibia durch die Unterzeichnung des SADC Vertrages begründet. Die Ursprünge der SADC reichen allerdings weiter zurück auf die (zunächst vorwiegend politisch orientierte) Zusammenarbeit der sogenannten Frontlinien Staaten<sup>1</sup> (Sambia, Mosambik, Botswana und Tansania und später auch Angola und Simbabwe), die es sich zum Ziel gesetzt hatten, eine wirtschaftliche Säule für den Kampf gegen Kolonialismus und das übermächtige Apartheidregime des Nachbarstaates Südafrika aufzubauen. So wurde 1980 durch die Verabschiedung der Lusaka Deklaration mit dem Titel „Südliches Afrika auf dem Weg zur wirtschaftlichen Freiheit“ von Angola, Mosambik, Malawi, Lesotho, Swasiland, Sambia, Simbabwe, Tansania und Botswana die Koordinierungskonferenz der Länder des Südlichen Afrika (*Southern African Development Coordination Conference – SADCC*) gegründet. Das gemeinsame Ansinnen dieser Länder war es, durch infrastrukturelle Sicherheit

---

<sup>1</sup> Diese Staaten wurden deshalb Frontlinienstaaten genannt, weil sie als souveräne afrikanische Staaten geographisch an solche Staaten angrenzten, in denen Befreiungskämpfe zur Dekolonisierung stattfanden (siehe Khadiagala 1996).

in der Region wirtschaftliche Unabhängigkeit von Südafrika zu erreichen (Schoeman 2002). Mit der Transformation von SADCC zu SADC änderten sich Fokus und Zielrichtung der zunächst eher regionalpolitischen Kooperation gegen das damalige Apartheidregime in Südafrika hin zu einer wirtschaftlichen Integrationsgemeinschaft.

Die SADC in ihrer heutigen Form hat fünfzehn Mitgliedstaaten mit insgesamt 257,7 Mio. Einwohnern:<sup>2</sup> Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Swasiland, und Tansania (Gründungsmitglieder von SADC 1992), sowie Südafrika (seit 1994), Mauritius (seit 1995), die Seychellen (seit 1997), die Demokratische Republik Kongo (seit 1997) und Madagaskar (seit 2004, Mitgliedschaft seit 2009 suspendiert).<sup>3</sup>

Die jährlich stattfindende Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs ist das oberste Entscheidungsgremium der SADC, mit einer Troika bestehend aus dem Vorsitzenden, dem vorgegangenen und dem zukünftigen Vorsitzenden an der Spitze. Unterhalb der Gipfelkonferenz sind weitere Organe angesiedelt, unter anderen die Ministerkonferenz, der SADC Gerichtshof in Windhuk, Namibia (SADC Tribunal) und das SADC Sekretariat, welches seinen Sitz in Gaborone, Botswana hat (Ruppel 2009e; Ruppel/Bangamwabo 2008).

Die Mitgliedstaaten der SADC haben ein Gesamtbruttoinlandsprodukt von US \$ 462,2 Mrd.<sup>4</sup> (Im Vergleich: Die Staaten der EU kommen auf insgesamt über US \$ 16.400 Mrd.).<sup>5</sup>

Die Ziele der SADC sind in Artikel 4 des SADC Vertrages niedergelegt und beinhalten unter anderem das wirtschaftliche Wachstum sowie die sozio-ökonomische Entwicklung nachhaltig und gerecht zu fördern, damit Armut bekämpft und der Lebensstandard der Völker im südlichen Afrika verbessert wird. Sozial Benachteiligte sollen durch regionale Integration unterstützt, Demokratie, Friede, Sicherheit und Stabilität sollen gefestigt und verteidigt werden. Darüber hinaus werden eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie der Schutz der Umwelt angestrebt.

2003 wurde der (rechtlich allerdings nicht bindende) regionale strategische Entwicklungsplan der SADC (*Regional Indicative Strategic Development Plan – RISDP*) verabschiedet, der in regionalintegrativer Hinsicht folgende Zeitziele vorgibt: Eine SADC Freihandelszone für 2008, der Abschluss der Verhandlungen zu einer Zollunion für 2010, der Abschluss der Verhandlungen zu einem Gemeinsamen Markt für 2015, eine Wirtschaftsunion sowie die Schaffung der Grundvoraussetzungen für die Errichtung einer Zentralbank im südlichen Afrika für 2016, und schließlich ist die Einführung einer gemeinsamen Währung für 2018 vorgesehen.

Von diesen ambitionierten Zielvorgaben wurde bislang die Errichtung der SADC Freihandelszone im Grunde realisiert, wobei anzumerken ist, dass Angola, Malawi, die Demokratische

<sup>2</sup> Siehe [www.sadc.int](http://www.sadc.int) (16.5.2011).

<sup>3</sup> Die Mitgliedschaft Madagaskars in SADC wurde 2009 nach einem Staatsstreich in Madagaskar suspendiert.

<sup>4</sup> Gross Domestic Product/current prices in billions US \$. Angaben des Internationalen Währungsfonds für 2008 (IWF 2010).

<sup>5</sup> Gross Domestic Product/current prices in billions US \$. Angaben des Internationalen Währungsfonds für 2009 (IWF 2010).

Republik Kongo und die Seychellen bei der Erfüllung der SADC Freihandelsbedingungen um Aufschub gebeten haben. Die für 2010 vorgesehene Einführung einer SADC Zollunion ist aufgrund der mangelnden Umsetzung theoretischer Vorgaben der Freihandelszone in die Praxis<sup>6</sup> auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.<sup>7</sup> Der Grundstein für eine Erweiterung der Freihandelszone auf die insgesamt 26 Mitgliedstaaten von COMESA (Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika) und EAC (Ostafrikanische Gemeinschaft) wurde durch ein trilaterales Abkommen zwischen den vorgenannten Blöcken gelegt. Die Umsetzung dieser Pläne soll bereits 2012 erfolgen (Ruppel 2010b).

Die SADC verfügt mittlerweile über ein komplexes Geflecht rechtlich bindender Regelwerke. Neben dem SADC Vertrag gibt es die sogenannten SADC Protokolle zu verschiedenen Themengebieten, derzeit 24 an der Zahl.<sup>8</sup> Zweifelsohne ist das SADC Handelsprotokoll von größter praktischer Relevanz. Allerdings gewinnen auch die umweltbezogenen Protokolle (nämlich die über gemeinsame Wasserläufe, Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau und wild lebende Tiere) zunehmend an Bedeutung.

Der nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen in der Region zieht sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen rechtlichen Instrumente der Gemeinschaft. In Anerkennung der Tatsache, dass Wasser für die Menschen in der Region nicht nur im Hinblick auf die Nahrungsmittelsicherheit, sondern auch für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung überlebenswichtig ist, wird auf das Wassermanagement ein besonderes Augenmerk gerichtet. Die Vielzahl gemeinsam genutzter Flussläufe in der SADC Region und ein steigender Wasserverbrauch machen bi- und multilaterale Abkommen unentbehrlich, um Nutzungskonflikte, insbesondere die für Flüsse üblichen Ober-Untertier-Probleme zu vermeiden (Wirkus/Böge 2005).

Um dies zu erreichen, wird besonderer Wert auf ein kooperatives Management der Wasserressourcen gelegt, was durch die Unterzeichnung des SADC Protokolls über gemeinsame Wasserläufe im Jahr 1999 untermauert wurde. Dieses sieht eine Harmonisierung nationaler Wassergesetzgebung und -politiken sowie den Aufbau von Wassergebietsorganisationen vor. So wurden – auch mit Hilfe ausländischer Geldgeber – zahlreiche internationale Wasserkom-

---

<sup>6</sup> Zwar besteht die SADC Freihandelszone auf dem Papier seit 2008, allerdings ist zu beobachten, dass weder Personen, noch Güter frei innerhalb der Zone verkehren.

<sup>7</sup> Mit der Erarbeitung eines Plans für die Einführung einer Zollunion unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile einer solchen wurde eine Ministerielle Arbeitsgruppe betraut. Mit ersten Resultaten und diesbezüglichen Empfehlungen wird nach Angaben von SADCs Generalsekretär Tomás Salomao zum Ende des Jahres 2011 gerechnet (van den Bosch 2011).

<sup>8</sup> SADC Protokolle gegen Korruption; zur Bekämpfung illegaler Drogen; zur Kontrolle von Schusswaffen, Munition und ähnlichen Materialien; über Kultur, Information und Sport; über Geschlechter und Entwicklung; über Bildung und Ausbildung; über Energie; über Auslieferung; über die Erleichterung des Personenverkehrs; über Fischerei; über Forstwirtschaft; über Gesundheit; über Immunitäten und Privilegien; über rechtliche Angelegenheiten; über Bergbau; über Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten; über die Zusammenarbeit in Politik, Verteidigung und Sicherheit; über Tourismus; über Handel; über Transport, Kommunikation und Meteorologie; über das SADC Tribunal und dessen Prozessordnung; über den Schutz von wild lebenden Tieren und Durchsetzung des Rechts; über gemeinsame Wasserläufe; das überarbeitete SADC Protokoll über gemeinsame Wasserläufe.

missionen gegründet. Ein Beispiel hierfür ist die OKAKOM,<sup>9</sup> die Kommission für das weltweit größte Inland-Delta, nämlich das Okavangodelta,<sup>10</sup> welche 1994 von den Anrainerstaaten Angola, Botswana und Namibia durch Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens gegründet wurde.<sup>11</sup>

## **Wasserknappheit und Klimawandel**

Wasserknappheit ist insbesondere in den Trockenzonen des südlichen Afrikas eine allgegenwärtige Herausforderung und die Konkurrenz um die verfügbaren Oberflächen- und Grundwasserressourcen zwischen Städten, Industrie und Bewässerungslandwirtschaft nimmt vor allem in stadtnahen Bereichen ständig zu. Wasser ist – neben Sauerstoff – Grundvoraussetzung allen Lebens. Die menschliche Existenz ist ohne Trinkwasser nicht möglich. In den wasserarmen Regionen Afrikas und Asiens leben ca. 74% der Weltbevölkerung, während im wasserreichen Europa lediglich 12% beheimatet sind. Parallel dazu findet in den wasserarmen Regionen der Dritten Welt eine demographische Entwicklung statt, weshalb sich die einem in Afrika lebenden Menschen jährlich zur Verfügung stehende Frischwassermenge von 1970–1994 um drei Viertel reduzierte. Es ist weiterhin zu erwarten, dass die fortschreitende Industrialisierung, steigender Bevölkerungswachstum und die Urbanisierung der Städte den globalen Wasserverbrauch nochmals deutlich ansteigen lassen und zu einer ansteigenden regionalen Verknappung von Frischwasser führen (Lorenzmeier 2008).

Die internationale Entwicklungspolitik hat – auch in Bezug auf Wasserressourcen – durch die Einführung der Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2000 neuen Antrieb erhalten. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich damit auf die Erreichung verschiedener überprüfbarer Ziele verpflichtet. Für den gegenständlichen Zusammenhang sei hier das Entwicklungsziel 7 besonders hervorgehoben, nach dem unter der Überschrift, eine nachhaltige Umwelt zu gewährleisten, vorgesehen ist, bis 2015 den Anteil der Menschen zu halbieren, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Ebenso soll der Anteil der Menschen halbiert werden, die über keine sanitäre Basisversorgung verfügen. Das Erreichen dieser Zielvorgaben ist deshalb so wichtig, weil Fortschritte im Wasser- und Sanitärbereich entscheidend zur Erreichung weiterer Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) beitragen, wie etwa zur Hunger- und Armutsbekämpfung oder der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit. In Entwicklungsländern leiden die Menschen, die in ländlichen Gebieten und den Slums der Großstädte leben, besonders unter

---

<sup>9</sup> The Permanent Okavango River Basin Commission. Unterstützt vom GEF, SIDA und USAID. Siehe <http://www.okacom.org/okacom.htm> (15.5.2011).

<sup>10</sup> Das als Ramsar Gebiet anerkannte Delta erstreckt sich über ca. 15 000 km<sup>2</sup> und ist Lebensraum für 2000 bis 3000 verschiedene Pflanzenarten, 162 Spinnenarten, über 450 Vogelarten und ca. 70 Fischarten (UNEP 2008, 56; Ruppel/Bethune 2007).

<sup>11</sup> Weiter Kommissionen sind die ORASECOM für Orange-Senqu mit den Anrainerstaaten Südafrika, Namibia, Botswana, Lesotho; LIMCOM für den Limpopo mit den Anrainerstaaten Botswana, Mosambik, Südafrika und Simbabwe, ZAMCOM für das Zambesibecken mit den 9 Anrainerstaaten im südlichen Afrika.

mangelhafter Wasserversorgung und Abwasserwirtschaft. Gegenwärtig haben in Afrika mehr als 300 Mio. Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Über 60% der Menschen verfügen über keine ausreichende Sanitärversorgung (BMZ 2007).

Die Qualität der Wasser- und Sanitärversorgung hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die gesellschaftliche Stellung und die Bildungschancen von Frauen und Mädchen, die in Afrika für gewöhnlich für die Herbeischaffung von Wasser für die Familie zuständig sind. Bis zu 60 Liter müssen über teilweise kilometerweite Distanzen nach Hause geschafft werden, was auf Kosten der (Schul-)Ausbildung oder einkommensschaffender Tätigkeiten geht (Am-bunda 2008; Ruppel 2010c).

Desweiteren werden der Schutz und die Erhaltung von Naturräumen gegenüber dem steigenden Wasserbedarf und -verbrauch oft vernachlässigt. Vor allem die Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Region bedroht die natürlichen Wasserreservoirs und Regenerationsräume. Feuchtgebiete schrumpfen, Seen, Flüsse und Grundwasser werden übernutzt, die Wasserqualität lässt nach. Ein verbessertes Umweltmanagement und entsprechende Investitionen für eine nachhaltigere Verfügbarkeit der Ressource Wasser sind von Nöten.<sup>12</sup>

Es fehlte in Afrika lange Zeit an ausreichendem Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ausgewogenen Wasserpolitik. Doch in jüngerer Zeit haben viele Staaten wichtige Projekte auf den Weg gebracht und Maßnahmen ergriffen, um den Wassersektor zu reformieren und die nationalen Wasserressourcen besser zu bewirtschaften. Ohne Zweifel wurden auf dem Weg zur Erreichung der MDGs zur Trinkwasser- und Basissanitärversorgung auch in Afrika bereits große Fortschritte erzielt. Der jüngste Bericht zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Vereinte Nationen 2010) besagt, dass in Subsahara-Afrika mittlerweile 60% der Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser haben (11% mehr als 1990). Im Bereich der Sanitärversorgung sieht die gegenwärtige Situation derweil weitaus kritischer aus: In den ländlichen Regionen Subsahara-Afrikas besteht eine ausreichende Sanitärversorgung nur für 22% der Bevölkerung und für die SADC Länder, wie für die Region insgesamt, wird vorausgesagt, dass das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele, was die sanitäre Versorgung angeht, nicht gelingen wird (Chipika 2007). Allerdings ist auch anzumerken, dass die Wasserknappheit per se nicht alleinige Ursache der Wasserprobleme im südlichen Afrika ist. Mitursächlich sind ineffiziente Versorgungssysteme, Missmanagement, übertriebene Bürokratie und Korruption.<sup>13</sup>

Die Politik spielt bei der Verbesserung der Wassersituation eine entscheidende Rolle, aber auch die Bildung und Ausbildung zuständiger Entscheidungsträger, Mitarbeiter und nicht zuletzt der Bevölkerung insgesamt. Leidtragende von Wasserverknappung und Umweltschädigungen durch Übernutzung sind die Armen und es geht darum, durch eine entsprechende Wasserpoli-

<sup>12</sup> Weitere Informationen zu den MDG, [www.un.org/millenniumgoals](http://www.un.org/millenniumgoals) (12.5.2011).

<sup>13</sup> Vgl. [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/subsahara/wasser.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/wasser.html) (12.5.2011).



tik eine faire Verteilung und nachhaltige Nutzung der vorhandenen natürlichen Ressourcen zu erreichen.

„Es gibt genug Wasser für alle. Unser Problem heute ist im Wesentlichen eines der Regierungsführung: das Wasser fair miteinander zu teilen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Ökosysteme zu wahren. Momentan haben wir dieses Gleichgewicht noch nicht erreicht“ (Vereinte Nationen 2006, 3).

Um eine nachhaltige Wasserpolitik zu betreiben, sind die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen, insbesondere durch die Einbeziehung der betroffenen Nutzergruppen in wasserrelevante Entscheidungsprozesse. Die Einhaltung internationaler Verträge kann unter anderem dadurch unterstützt werden, zuständige Institutionen zu stärken und Transparenz zu fördern. Hier gilt es insbesondere, die verstärkte Kooperation bei grenzüberschreitenden Grundwasservorkommen zu unterstützen. Eine Harmonisierung und Vernetzung regionaler Initiativen und Vorhaben regionaler Institutionen wie der SADC und der Afrikanischen Union (AU) tragen zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung der Wassersituation ebenso bei wie der intensive Erfahrungsaustausch zwischen den afrikanischen Flussgebietskommissionen.<sup>14</sup>

### ***Exkurs: The Future Okavango Project***

Wasser ist weniger international als Klima. Dennoch gibt weltweit 263 grenzüberschreitende Flüsse, was Konflikte mit sich bringen kann. So ist das Okavango-Einzugsgebiet mit seiner Vielfalt an Waldsavannen und Feuchtgebiet-Ökosystemen, die durch die zentrale Lebensader des Okavango Flusses verbunden werden, ein globaler ‚hot-spot‘ für zunehmenden Wandel und drohende Landnutzungskonflikte. Der Fluss entspringt im regenreichen Hochland von Südost-Angola und versickert im Okavango Delta, dem größten Binnendelta der Welt und dem größten Frischwasser-Sumpfgebiet südlich des Äquators. Das Projekt „The Future Okavango“ (TFO) untersucht in diesem grenzübergreifenden Einzugsgebiet mit hoher internationaler Sichtbarkeit Ökosystemfunktionen und Dienstleistungen und ihre Wechselwirkungen mit Landnutzung. Die Ergebnisse versprechen ein hohes Potenzial an Übertragbarkeit auf andere tropische und subtropische Regionen.

Das Projekt bearbeitet drei zentrale Themenbereiche im Bereich der Regelung natürlicher Ressourcennutzung. Zunächst analysiert es den Einfluss von ökonomischen, rechtlichen und sozialen Institutionen auf individuelle und gemeinschaftliche Managemententscheidungen bei Land-, Wald-, Weide-, Wildtier-, und Wasserressourcen im Okavango-Einzugsgebiet. Besonderes Augenmerk liegt auf der Interaktion von Ressourcenmanagement und Ökosystemdienstleistungen. Dazu ist es notwendig, den Status Quo der sozio-ökonomischen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu beschreiben.

<sup>14</sup> Vgl. [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/subsahara/wasser.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/wasser.html) (12.5.2011).



Die Untersuchungen erfolgen auf lokaler, subnationaler, nationaler, regionaler als auch auf internationaler Ebene. Dabei werden nicht nur kurz-, sondern auch langfristige Interessen der verschiedenen Akteure berücksichtigt. In einem zweiten Schritt werden ökonomische und rechtliche Mechanismen zur Weiterentwicklung von *Governance*-Strukturen entwickelt. In Zusammenarbeit mit Vertretern verschiedener Interessengruppen werden Ansatzpunkte für Veränderungen von Rechtssystemen und Organisationsstrukturen untersucht, welche nachhaltigere Ressourcennutzungspraktiken unterstützen können. Im dritten Schritt werden wir aus den vorhergegangenen Analysen Ansatzpunkte für die praktische Umsetzung von *Governance*-Strukturen ableiten.<sup>15</sup>

Wasser wird in Zukunft – gerade im südlichen Afrika – noch knapper werden, als es ohnehin schon ist. Das ist bedingt durch den voranschreitenden Klimawandel. In seinem Bericht 2008 über „Klimawandel und Wasser“ analysiert der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) die regionalen Aspekte im Bezug auf *Klimawandel und Wasser*. Was Afrika betrifft, so wird Wasser hier als eine der kritischsten Herausforderungen bezeichnet. Bereits für 2025 wird für viele afrikanische Staaten, vorwiegend im östlichen und südlichen Afrikas (u.a. Südafrika), absolute Wasserknappheit in Bezug auf den jährlichen Prokopfverbrauch vorhergesagt. Es ist zu erwarten, dass diese Entwicklung weitreichende Auswirkungen auch auf die Sektoren Energie, Gesundheit, Landwirtschaft und Biodiversität hat (Bates et al. 2008).

Der Weltklimarat hat bereits in seinem vierten Sachstandsbericht aus dem Jahr 2007 festgehalten, dass Bevölkerungsgruppen in weiten Teilen Afrikas zu jenen gehören, welche als besonders „verwundbar“ gegenüber bereits stattfindenden oder zu erwartenden Klimaveränderungen gelten (IPCC 2007). Bevölkerungsgruppen, deren Lebensunterhalt unmittelbar von der Nutzung der natürlichen Ressourcen abhängt, werden am stärksten bedroht sein (Ruppel 2011a). Das trifft in besonderem Maße auf die Menschen zu, die in sensiblen Ökosystemen wie zum Beispiel den Savannen und wasserarmen Gegenden in Subsahara-Afrika leben (IPCC 2007).

Durch Klimaveränderungen hervorgerufene Trockenzeiten, Dürren oder Überflutungen zerstören das Leben von Menschen und Tieren, vernichten Anbauflächen, Ernten und gefährden damit elementare Lebensgrundlagen. Die zunehmende Desertifikation großer Gebiete führt zu einer Ausweitung bereits bestehender Wüstenregionen, vernichtet landwirtschaftliche Anbauflächen und Weidegebiete.<sup>16</sup> Derzeit lebt bereits ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft in Gegenden, die von Trockenheit und Dürre geprägt sind, keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und damit dem sogenannten „water stress“ ausgesetzt sind (UNDP 2008).

<sup>15</sup> Vgl. <http://www.future-okavango.org/index.php?PHPSESSID=pmd19856fi9q6lrd7pj1h8j2o3> (23.5.2011).

<sup>16</sup> Das ist gerade in Staaten wie Namibia ein ernstzunehmendes Thema (Mfune/Ruppel 2009).

Der im Jahr 2013/2014 erscheinende fünfte IPCC Sachstandsbericht ist bereits in Bearbeitung.<sup>17</sup> Es zeichnet sich aber schon heute ab, dass der weiter fortschreitende Klimawandel bestehende Ungleichheiten zwischen Gesellschaften und Ländern und zwischen den Geschlechtern in Subsahara-Afrika noch weiter verstärken wird (Ruppel 2011d). Ohnehin sozial und wirtschaftlich schlecht gestellte Menschen werden dabei am härtesten getroffen (Ruppel 2010a), weil sie weniger in der Lage sind, die Folgen zu bewältigen oder sich der Situation anzupassen. Zunehmende Schwierigkeiten beim Zugang zu Trinkwasser bürden gerade Frauen zusätzliche Lasten auf und erfordern einen höheren zeitlichen wie körperlichen Einsatz, so dass sie noch weniger Zeit für ihre Kinder, andere familiäre Aufgaben oder für die Teilnahme an Entscheidungsprozessen in Familie oder Dorfgemeinschaft zur Verfügung stehen haben (Ruppel 2010c). Kinder und schwangere Frauen sind überdies besonders anfällig für Krankheiten, die von oder über Wasser übertragen werden. Es steht zu befürchten, dass die Folgen des Klimawandels im südlichen Afrika zu einer Verschlechterung der prekären Armut- und Ernährungssituation führen. Unterernährung, erhöhte Sterblichkeit, gerade bei Kindern, Krankheiten und Verletzungen aufgrund extremer Wetterbedingungen sowie mit der Qualität des Trinkwassers verbundene Darmkrankheiten gehen damit Hand in Hand (IPCC 2007; Ruppel 2009a).

Es wurden in den vergangenen Jahren allerdings auch Untersuchungen durchgeführt, die belegen, dass indigene Völker im südlichen Afrika nicht nur Opfer des Klimawandels sein können, sondern mit ihrem traditionellen Wissen auch wertvolle Beiträge zur Anpassung an den Klimawandel und zur Minderung von CO<sub>2</sub> Emissionen leisten können. Durch ihre traditionellen Lebensweisen wissen sie mit schwierigen Umweltbedingungen umzugehen. Durch ihre Abhängigkeit von den Naturressourcen haben sie gelernt, sich veränderten Umweltbedingungen anzupassen und Techniken zu entwickeln, die auf den Erhalt der Ressourcen und damit ihrer Lebensgrundlagen angelegt sind. Hier wurde beispielsweise nachgewiesen, dass die traditionellen Gemeinschaften über differenzierte Wassermanagementsysteme, Fischereikultur, Weidewirtschaftstechniken, indigene Frühwarnsysteme etc. verfügen (Hinz/Ruppel 2008 und 2010).

Nichtsdestotrotz stellt der Klimawandel auch für indigene Bevölkerungsgruppen in Subsahara-Afrika eine erhöhte Bedrohung dar und es bleibt zu hoffen, dass in der künftigen Klimadebatte besonders jene Bevölkerungsteile, die am meisten verwundbar sind, stärker vom politischen Willensbildungsprozess erfasst werden (Ruppel 2011a). Dazu erscheint es unabdingbar, künftig eine stärkere Verknüpfung von Wasser-, Klima-, Energie-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zum effektiveren Schutz der „vulnerablen“ Gruppen gerecht und chancenerhöhend herzustellen. Das erfordert globale Kooperation und die nationale, bzw. regionale Umsetzung (Edenhofer/Wallacher/Lotze-Campen 2010).<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Vgl. <http://www.ipcc.ch/> (14.5.2011).

<sup>18</sup> Siehe hierzu ausführlich den 2010 Report des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und des Instituts für Gesellschaftspolitik im Auftrag von Misereor und der Münchner Rück Stiftung unter Leitung von Eden-

Die mit der Wasserfrage im unmittelbaren Zusammenhang stehende zunehmende Verknappung von Nahrungsmitteln wird verschärft durch den gestiegenen Bedarf an Biokraftstoffen und an Futtermitteln sowie durch das Auftreten ausländischer Agrarunternehmen, die große landwirtschaftliche Flächen gerade in der Region für den Anbau von Nahrungsmitteln für Märkte außerhalb Afrikas nutzen. Schätzungen zufolge steigt der Bedarf, afrikanischen Boden käuflich zu erwerben oder für lange Zeiträume zu pachten, stetig. Außerdem werden landwirtschaftliche Flächen zunehmend – als ausländische Direktinvestitionen in die Landwirtschaft – zum Gegenstand internationaler Spekulationen (Baxter 1989).

Für die Ernteerträge von Bauern ist der Klimawandel im südlichen Afrika ein ernstzunehmendes Risiko. Diese Aussage im letzten IPCC Sachstandsbericht ist teils heftig kritisiert worden – sie sei nicht wissenschaftlich fundiert, so die Kritik. Eben diese Aussage wurde aber nun von der neueren Forschung bestätigt: „Keine der afrikanischen Agrarregionen ist auf der sicheren Seite (...). Das ist ein belastbares Ergebnis, auch wenn wir vieles noch nicht genau genug wissen“ (Müller/Cramer/Lotze-Campen 2011, 2). Der Klimawandel trifft in Afrika vielfach auf eine Landwirtschaft, die bereits heute der lokalen Nachfrage nach Nahrungsmitteln nicht gerecht wird. Zugleich ist aber das Potential zur Verbesserung von Ernteerträgen in einigen bislang besonders ineffizient wirtschaftenden Ländern besonders groß.

### **Die Landverteilungsfrage in SADC**

Der Zusammenhang zwischen Wasser und Land und die Relevanz dieser Ressourcen für nachhaltige Entwicklung ist zwar offenkundig; trotzdem werden beide Ressourcen häufig als getrennte Themen betrachtet. Dabei ist das Verhältnis zwischen Land- und Wasserrechten politisch, ökonomisch und kulturell äußerst komplex und diese Komplexität wird mit fortschreitendem Klimawandel noch zunehmen. Die damit zusammenhängende Landrechtsfrage und das fortbestehende Problem der sozialverträglichen Verteilung der Bodenressourcen bleibt eine der Schlüsselfragen der friedlichen Entwicklung in den ehemaligen Siedlerkolonien des südlichen Afrikas, insbesondere in Simbabwe, Namibia und Südafrika (Brandt/Otzen 2002).

Zugang zu Land sichert Menschen das Überleben. Was auf dem Land wächst, dient als Nahrung. Damit deckt die Ressource Land – neben der bereits angesprochenen Ressource Wasser – ein weiteres Grundbedürfnis der Menschen ab. Leider sind die Diskussionen der Eigentumsfrage und der Nutzungsmöglichkeiten von Land oftmals emotional gesteuert. Die Landfrage und die damit verbundene Ressourcenverfügbarkeit sind und bleiben kritische Themen und gütliche Lösungsmöglichkeiten werden unabdingbar sein für die weitere Demokratisierung und nachhaltige Armutsminderung in der SADC Region. Die Bodenreformen in Ländern der SADC Region sind unterschiedlich weit fortgeschritten. So sind beispielsweise in Swasiland bisher

---

hofer, O./Wallacher, J./Reder, M/Lotze-Campen, H. (2010). *Global aber Gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen*, München.

etwa zwei Drittel des Landes aus dem früheren Besitz weißer Siedler an einheimische schwarze Siedler übereignet worden. In Namibia und Südafrika tastet sich die Agrarpolitik weiterhin an tragfähige Reformkonzepte heran (Wemer 2000; Binswanger/Deininger 1996). In Simbabwe wurde die Frage der Verfügungsgewalt über den Siedlerbesitz gewaltsam durch staatliche Enteignung „gelöst“ (Otzen 2000; Schwarz 2002).

### ***Beispiel Namibia***

Namibia und Deutschland sind durch eine aus der gemeinsamen Geschichte resultierende besondere Beziehung verbunden. Namibia war von 1884 bis 1915 deutsche Kolonie. In diese Zeit fällt auch der Aufstand der Herero, Nama und Damara gegen die Kolonialherrschaft, der von deutschen Truppen gewaltsam niedergeschlagen wurde (entscheidende „Schlacht am Waterberg“ 1904). Diese sowie die darauf folgenden historischen Ereignisse zwischen 1904 und 1908, bilden die Grundlage des erhobenen Völkermordvorwurfes. Im August 2004 besuchte die damalige deutsche Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul Namibia anlässlich des 100-jährigen Gedenkens an die Schlacht am Waterberg. Bei dieser Gelegenheit wurde erstmalig eine Entschuldigung offen ausgesprochen, als Wieczorek-Zeul die Herero „im Sinne des gemeinsamen ‚Vater Unser‘ um Vergebung“ der damaligen Greuelthaten der deutschen Soldaten bat, was heute als Völkermord bezeichnet würde (Ruppel 2009d).

Dieser Verantwortung wird die Bundesregierung durch eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit, vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit, gerecht. Dies kommt auch im Umfang der deutschen Entwicklungsleistungen für Namibia zum Ausdruck.<sup>19</sup> Das Geschehene kann dadurch zwar nicht ungeschehen gemacht werden; allerdings ist es das Bestreben, Namibia eingedenk der gemeinsamen Vergangenheit auf seinem Weg in die Zukunft mehr zu unterstützen als dies in jedem anderen afrikanischen Land der Fall ist.

Trotz des beträchtlichen Umfangs deutscher Entwicklungsleistungen rangiert Namibia im sogenannten „Gini-Index“, der die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen beschreibt, weiterhin an einer der weltweit höchsten Stellen. Diese fortbestehenden ungleichen sozialen Verhältnisse haben zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt, wo bis heute eine vorwiegend weiße Elite und eine neue schwarze Mittelschicht einen weitgehend europäischen Lebensstandard pflegen, während weite Teile der überwiegend schwarzen Bevölkerung in extremer Armut leben müssen.<sup>20</sup>

Namibia ist fast zweieinhalb Mal so groß wie Deutschland, wird jedoch nur von 2,1 Mio. Menschen bewohnt. Es ist das trockenste Land südlich der Sahara. Die Böden sind stark erosionsgefährdet, Wasser ist sehr knapp und die natürlichen Ressourcen sind durch Bevölkerungswachstum und unangepasste Bewirtschaftungsmethoden gefährdet. Weite Gebiete sind

<sup>19</sup> Vgl. [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/subsahara/namibia/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/namibia/index.html) (20.5.2011).

<sup>20</sup> Vgl. [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/subsahara/namibia/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/namibia/index.html) (20.5.2011).

von Wüstenbildung bedroht und 70% der namibischen Bevölkerung sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. Die Armut stellt Namibias Farmer vor enorme Probleme. Beispielsweise ist eine Mehrzahl der Straftaten, die auf Farmen begangen werden, auf verzweifelte Nahrungsmittelbeschaffung zurückzuführen. Das belegt auch, dass die Zielvorgaben der Agrarreform und ländlicher Entwicklung, nämlich Armut zu reduzieren, die Umwelt zu schützen und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, noch nicht erreicht sind (Muenjo/Ma-paure 2011).

Das kommerziell genutzte Farmland ist noch immer überwiegend unter Kontrolle weißer Großfarmer. Zwar sind inzwischen neue, kleinere Farmen entstanden, es wechselten jedoch bislang lediglich ca. 20% des Farmlandes auf diese Weise zu schwarzen Besitzern. Enteignungen und die bekannten damit verbundenen Unruhen konnte die Namibische Regierung in dem Umverteilungsprozess bislang vermeiden. Das klingt zunächst vielversprechend, genau genommen wurde das Thema der Landfrage aber seitens der namibischen Regierung nur bedingt richtig vorangetrieben.

„Bei der Lösung der sozialen Probleme baute die namibische Regierung – wie die meisten Regierungen der Länder des südlichen Afrikas – nicht auf die Landwirtschaft sondern auf den Ausbau moderner Dienstleistungsbetriebe und der Industrie. Trotz der dominanten Rolle der Landwirtschaft in Namibia und im südlichen Afrika war die Vision eines Agrarstaates nicht die Vorstellung der politischen Eliten. Man hoffte einfach, dass sich die Landfrage von selbst löse, wenn andere Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten.“ (Peters 2003, 3).

Der Landumverteilungsprozess ist auch immer wieder Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen,<sup>21</sup> öffentlicher Kritik und Diskussion (Weidlich 2007; Harring/Odendaal 2007; 2008). Die Regierung hat bereits selbst festgestellt, dass die Landreformen nach dem Prinzip „verkaufsbereiter Verkäufer – kaufbereiter Käufer“ nur schleppend vorangehen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: „Erstens gibt es nicht immer einen willigen Verkäufer. Wenn es ihn gibt, dann kann der Verkaufspreis unerschwinglich sein. Oder der Verkäufer zieht sein Angebot sofort vor dem Gegenangebot des Ministers wieder zurück. In schlechten Fällen wird ungeeignetes Land angeboten“ (Hofmann/Naruseb 2010).

Nicht selten ruft die hinkende Landreform auch Stimmen radikaler Kräfte aufs Parkett. So forderte 2004 ein prominenter Gewerkschaftsführer weiße Farmer auf, das Land zu verlassen und endlich „ihre Verwandtschaft in Europa aufzusuchen“ (Der Spiegel 2004, 114). Man blickt daher auch immer wieder beängstigt über die Grenze nach Simbabwe. Als Robert Mugabe, Präsident von Simbabwe, die sogenannte schnelle Landreform mit gewaltsamer Farmbesetzung und der Vertreibung weißer Farmer forcierte, wurden auch in Namibia populistische Stimmen laut, einen ähnlichen Kurs einzuschlagen (Hofmann 2008).

<sup>21</sup> So zum Beispiel im High Court von Namibia: *Kessl v The Ministry of Land and Resettlement*, Case Nos. (P) A 27/2006 and (P) A 266/2006; *Heimaterde CC v The Ministry of Lands and Resettlement*, Case No. (P) A 269/2005; und *Martin Joseph Riedmaier v The Ministry of Lands and Resettlement*, Case No. (P) A 267/2005; Urteile vom 6. März 2008.

Erst vor wenigen Monaten formulierte Namibias Präsident Hifikepunye Pohamba, dass der langsame Fortschritt der Landreform die politische Stabilität im Lande gefährde. Er sagte, das Land könnte in einen Kriegszustand versetzt werden, wenn das Thema Landreform nicht mit der notwendigen Dringlichkeit behandelt würde. „Viele Revolutionen wurden von landlosen Menschen angezettelt“ (Kirsting 2010, 1), so Pohamba. Im selben Zusammenhang drückte der Präsident seine ernsthafte Sorge im Bezug auf die Nahrungsmittelsicherheit in Namibia aus.

### ***Beispiel Simbabwe***

Simbabwe ist ein weitaus krasserer Beispiel für die Landfrage. Es hat hierfür einen sehr hohen Preis zahlen müssen, nämlich politische Instabilität, sozialen Unfrieden mit bürgerkriegsähnlichen Erscheinungen, eine unglaublich gewordene Regierung und einen wirtschaftlichen Niedergang sondergleichen (Brandt/Otzen 2002). Simbabwe ist heute zu einem unberechenbaren Faktor der Instabilität in der gesamten Region geworden, der nicht nur ähnliche Reformvorhaben seiner Nachbarn gefährdet, sondern darüber hinaus die Integrationsentwicklung der SADC hemmt (Ruppel/Bangamwabo 2008).

Das Land befindet sich noch immer in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise, die ihre wesentlichen Ursachen in einer verfehlten Politik der Regierung hat. Die Wirtschaft ist nach Angaben des Auswärtigen Amtes zwischen 1998 und 2008 um mehr als die Hälfte geschrumpft.<sup>22</sup> In einem Umfeld, das bis zum Frühjahr 2009 geprägt war von Hyperinflation, Devisenknappheit und Importrestriktionen, gingen Produktion und Investitionen zurück und immer mehr Firmen mussten schließen. Ausländische Investoren werden durch fehlende Rechtssicherheit und den mangelnden Schutz von Eigentumsrechten abgeschreckt. Aufgrund der politischen Entwicklung Simbawwes (Menschenrechtsverletzungen, Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundsätze, Fehlen einer entwicklungsorientierten Wirtschaftspolitik, Farmbesetzungen und -enteignungen) wurden seit dem Jahr 2000 kaum noch entwicklungspolitische Zusagen gemacht.<sup>23</sup>

#### ***Exkurs: Der Fall Campbell – Ein politisches Spiegelbild***

2007 hat der weiße simbabwische Farmer William Campbell gegen die Republik von Simbabwe wegen rassenpolitisch motivierter Landreform vor dem SADC Tribunal geklagt, um seine Rechte wegen der Verletzung der Verfassung Simbawwes, sowie des SADC Vertrages geltend zu machen. Hintergrund des Rechtsstreites bildete die auf das Jahr 2005 zurückgehende Verfassungsänderung, die durch den damaligen und jetzigen Machthaber Robert Mugabe in Simbabwe auf den Weg gebracht wurde (Ruppel 2009b). Das entsprechende

<sup>22</sup> Siehe Länderinformationen des Auswärtigen Amtes zu Simbabwe [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Simbabwe/Bilateral\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Simbabwe/Bilateral_node.html) (2.3.2012).

<sup>23</sup> Vgl. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Simbabwe/Bilateral\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Simbabwe/Bilateral_node.html) (19.5.2011).



Gesetz zur Verfassungsänderung (*The Constitution of Zimbabwe Amendment Act No. 17 of 2005*) sieht unter anderem vor, dass Farmland grundsätzlich ohne Zahlung einer Entschädigung enteignet werden kann und dass enteignete Landbesitzer keine Möglichkeit haben, derartige Enteignungen vor nationalen Gerichten anzufechten. Aufgrund dieses Gesetzes wurde ein Großteil der rund 4000 weißen Farmer in Simbabwe zwangsweise enteignet und das Land umverteilt. Mit der Begründung, eine Landumverteilung sei notwendig, um koloniale Ungerechtigkeiten in Bezug auf Landeigentum zu korrigieren, nach denen das beste Land den Weißen vorbehalten war, war den enteigneten Farmern keine Entschädigung für den Verlust ihres Eigentums bezahlt worden. Schließlich sei das Land der einheimischen (schwarzen) Bevölkerung zu Kolonialzeiten „gestohlen“ worden. Lediglich einzelne Baumaßnahmen und andere Investitionen, die auf dem enteigneten Farmland durchgeführt worden waren, wurden vereinzelt geringfügig vergütet (Ruppel 2009c; 2009f; 2012a).

Der Fall Mike Campbell war der bislang prominenteste Fall, den das SADC Tribunal zu beurteilen hatte. Der Fall wurde auch durch den Dokumentarfilm „*Mugabe and the white African*“ weltweit bekannt. Mit dem Urteil vom 28. November 2008 hat die Mehrheit der verbescheidenden Richter des SADC Tribunals zugunsten der Kläger entschieden. Nach Klarstellung der seitens der simbabwischen Regierung angezweifelten Zuständigkeit des SADC Tribunals stellt das Urteil fest, dass den Klägern in Harare der Zugang zu den Gerichten unrechtmäßig verwehrt wurde, dass Robert Mugabes Landreform diskriminierend gegen Weiße sei und damit gegen das Diskriminierungsverbot des Artikel 6(2) des SADC Vertrages verstoße. Dieser verbietet unter anderem jegliche Art von Diskriminierung aufgrund von Rassenzugehörigkeit und ethnischer Abstammung. Des Weiteren stellt das SADC Tribunal in seinem Urteil fest, dass die simbabwische Regierung im Falle von bereits vollzogenen Enteignungen dazu verpflichtet ist, angemessene Enteignungsentschädigung zu leisten. Insbesondere die Regelung in der Verfassung Simbabwes, welche den Enteigneten das Recht verweigert, die Rechtmäßigkeit der Enteignung gerichtlicher Überprüfung zu unterziehen und die Regierung davon befreit, Enteignungsentschädigung leisten zu müssen, wurde bereits 2008 als unrechtmäßig und gemeinschaftswidrig im Sinne des SADC Vertrages angesehen.

Allerdings stellt man in Simbabwe bis heute die Bindungswirkung des Campbell Urteils und damit die Autorität des SADC Tribunals in Frage. Das SADC Tribunal hatte die Nichtbefolgung seiner Entscheidungen bereits vor Jahren dem höchsten Organ der Staatengemeinschaft, der SADC Gipfelkonferenz vorgelegt, damit diese geeignete Maßnahmen ergreift. Im August 2010 hieß es schließlich, man müsse das Mandat des Tribunals überprüfen und hat es vorläufig suspendiert. Hierfür wurde eine unabhängige Expertenkommission eingerichtet, die eine Studie vorbereitete und Anfang 2011 vorlegte.



Im April 2011 ist Mike Campbell in Harare im Alter von 78 Jahren verstorben (Ruppel 2011c). Campbell konnte sich von den Misshandlungen, denen er im Jahr 2009 zusammen mit seiner Frau Angela und seinem Schwiegersohn Ben Freeth auf seiner inzwischen niedergebrannten Farm in Simbabwe ausgesetzt war, nicht wieder gesundheitlich erholen. Noch kurz vor Mike Campbells Tod hat dessen südafrikanischer Anwalt Jeremy Gauntlett einen Eilantrag für Campbell, sein Farmunternehmen und einen weiteren kommerziellen Farmer beim SADC Tribunal eingereicht. Mit der Begründung des fortgeschrittenen Alters seiner Mandanten fordert Gauntlett die SADC Gipfelkonferenz, die 15 Regierungspräsidenten einschließlich Simbawes Präsident Robert Mugabe auf, das SADC Tribunal unverzüglich wieder in Betrieb zu setzen, damit dieses sein Mandat gemäß Artikel 16 des SADC Vertrages ausüben vermag. Auf der Gipfelkonferenz im Mai 2011 wurde die Krisensituation in Simbabwe nicht diskutiert. Beschlossen wurde indes nur, dass die Tätigkeit des SADC Tribunals bis mindestens August 2012 weiter ausgesetzt bleibt.<sup>24</sup>

Der Fall Campbell ist ein politisches Spiegelbild der Landreformbestrebungen und den damit einhergehenden gegenwärtigen Lähmungserscheinungen in der SADC.

Die Landverteilungsfrage stellt nicht nur in Simbabwe, sondern in vielen Ländern im südlichen Afrika eine Herausforderung dar, die von den zuständigen Entscheidungsträgern ein umsichtiges und verantwortliches Handeln erfordert, wenn politische Stabilität erreicht werden soll. Ein wesentlicher Punkt im regionalen Integrationsprozess ist die Modernisierung des Agrarsektors und dessen Integration in das Gesamtwirtschaftssystem.

„Eine solche Lösung muss dann im größeren Kontext der regionalen Integration der Staaten des südlichen Afrikas gesehen werden: einer regional abgestimmten Agrarstrukturpolitik der SADC Mitgliedsländer, in der Ernährungssicherung, Landreform, Modernisierung und Integration des bäuerlichen Agrarsektors im Zusammenhang gesehen werden“ (Brandt/Otzen 2002).

<sup>24</sup> Wie aus dem Abschlusskommuniqué nach dem SADC Gipfeltreffen von 20.5.2011 hervorgeht, ist den Teilnehmern der Bericht des Komitees, das sich aus Justizministern und Regierungsanwälten zusammensetzt, zum SADC Tribunal vorgelegt worden. Die Komiteemitglieder seien daraufhin beauftragt worden, einen „Prozess mit dem Ziel der Änderung der relevanten rechtlichen Instrumente der SADC“ einzuleiten. Ein Bericht zu den Fortschritten werde auf dem SADC Gipfel im August 2011 erwartet, während der Abschlussbericht erst nächstes Jahr, beim Gipfel im August 2012, vorgelegt werden soll. Die Gipfelmitglieder haben laut Kommuniqué ihre Marschrichtung wiederholt und das Moratorium aufrechterhalten, bis das SADC Protokoll zum Tribunal verabschiedet wurde. Das heißt, dass das SADC Tribunal weiterhin keine neuen Fälle entgegennimmt und keine Anhörungen zulässt. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, dass die Richter, deren Amtszeit am 31. August 2010 abgelaufen ist, nicht wieder berufen werden. Ebenso sollen die Richter, deren Amtszeit am 31. Oktober 2011 endet, nicht ersetzt werden. Siehe [http://www.az.com.na/fileadmin/pdf/2011/az/SADC\\_Sondergipfel-05-23-11.pdf](http://www.az.com.na/fileadmin/pdf/2011/az/SADC_Sondergipfel-05-23-11.pdf) (23.5.2011).

## Migration und Konflikte

Die SADC Region ist stark von Armut geprägt, die Wirtschaftsordnungen sind fragil, demokratische Entwicklung hinkt nicht selten hinterher, Millionen von Menschen sind ohne Arbeit, ohne elementare Grundversorgung und ohne sauberes Wasser. In der SADC Region, in der die HIV/AIDS-Rate fast 20% beträgt<sup>25</sup> und die durchschnittliche Lebenserwartung der Mehrheit der Bevölkerung kaum mehr als 40 Jahre ist, stellen mangelnde sanitäre Versorgung und Wasserknappheit eine konkrete Bedrohung für die Lebensgrundlage vieler Menschen dar – insbesondere in den ländlichen Regionen. Ohne dass afrikanische Länder den Klimawandel maßgeblich mit verursacht haben, werden dessen negative Auswirkungen auf dem afrikanischen Kontinent besonders deutlich. Dürren wechseln sich immer häufiger mit sintflutartigen Regenfällen ab. Die Wetterextreme nehmen nachweislich zu. Steigende Meeresspiegel, Küstenwassererwärmung, Wüsten und Stürme machen mehr und mehr Regionen des Kontinents unbewohnbar. Rund 80% des verfügbaren Wassers in Subsahara-Afrika stammen aus grenzüberschreitenden Oberflächen- und Grundwasserressourcen. Im Zuge des steigenden Wasserbedarfs aufgrund von Bevölkerungswachstum, zunehmender Verstädterung und Industrialisierung wächst auch das Potenzial für innerstaatliche und zwischenstaatliche Nutzungskonflikte an internationalen Wassereinzugsgebieten. Grenzüberschreitende Wasserkooperation und nachhaltige Nutzung vorhandener Ressourcen können dem vorbeugen. Obwohl es bisweilen noch wenige empirische Beweise für einen direkten kausalen Nexus von Klimawandel und gewaltsamen Konflikten gibt, ist ein Zusammenhang von Umweltzerstörung und klimabedingter Verknappung der natürlichen Ressourcen und insbesondere Wasser mit gewaltsamen Konflikten naheliegend (Tänzler 2009).

Die mit dem Klimawandel einhergehenden Veränderungen haben Einfluss auf die sogenannte menschliche Sicherheit (Kumssa/Jones 2010). Auch die Verknappung von Nahrungsmitteln im südlichen Afrika steht im vorgenannten Zusammenhang. Die Konkurrenz um Boden- und Wasserressourcen stellt daher künftig erhöhte Ansprüche an die Katastrophenvorsorge, an vorausschauende Planung und gezielte Prioritätensetzung in der Vergabe öffentlicher Mittel (Paulus/Haas 2008, Vorwort). Gleichzeitig gilt es, möglichen regionalen und grenzübergreifenden Krisen vorzubeugen und die Ausweitung bereits existierender Konflikte um Ressourcen einzudämmen. Ein großer Bevölkerungsanteil innerhalb der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas lebt in Regionen, die von Trockenheit und Dürre gezeichnet sind. Viele der großen Städte (Kapstadt, Durban, Maputo, Mombasa) liegen an der Küste und die voranschreitende Erderwärmung und ein Anstieg des Meeresspiegels werden nach Schätzungen für das Jahr 2050 bis zu 200 Mio. Umweltflüchtlinge, also klimabedingte Migranten zur Folge haben (Myers

---

<sup>25</sup> Nach dem strategischen Plan des SADC Parlamentarischen Forums für 2007–2011 ist die HIV/AIDS-Rate in der SADC Region mit fast 20% weitaus höher als in Subsahara-Afrika insgesamt, wo die HIV/AIDS-Rate bei 7,5% lag. Demnach leben in der SADC Region 37% derjenigen Menschen, die weltweit an HIV/AIDS erkrankt sind.

2005). Solche Migrationsströme erhöhen auch die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, insbesondere bei bereits bestehenden ethnischen Spannungen (Brown/Crawford 2009).

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gibt es etwa 170 Mio. Migranten (Leighton et al. 2009) und auch im südlichen Afrika gibt es umweltbedingte (z.B. durch Klimawandel und Wasserknappheit) und konfliktbedingte (z.B. durch Landenteignung und Bürgerkrieg) Migration.

Laut Schätzungen des Weltklimarats werden beispielsweise um 2080 zwei bis sieben Millionen Küstenbewohner von Überflutung betroffen sein. Der neben dem Begriff Umweltmigrant verwendete Begriff „Umweltflüchtling“ wird von vielen Politikern kritisiert, da „Flüchtling“ ein juristischer Begriff im Sinne der Genfer Konvention von 1951 ist. Zudem findet Migration oft innerhalb von nationalstaatlichen Territorien statt, was es unter Umständen erschwert, international verbindliche Regeln für Strategien zu entwickeln. Wenn das Thema umweltbedingte Migration künftig nicht besser erforscht wird und die Politik das Problem nicht stärker adressiert, können nur schwer nachhaltige Lösungen gefunden werden.<sup>26</sup> Umweltmigration ist insbesondere in den Ländern des südlichen Afrikas ein kritisches Thema, nicht zuletzt weil es zumeist Randgruppen der Bevölkerung betrifft und die rechtlichen Institutionen zum Umwelt- und Menschenrechtsschutz oft unzureichend ausgebildet sind.<sup>27</sup>

## **Menschenrechte und Armut**

Während der Feierlichkeiten der sogenannten Nationalen Wasserwoche in Südafrika, die mit dem UN Weltwassertag zusammenfällt, rief die südafrikanische Wasser- und Umweltministerin Edna Molewa vor kurzem allen Südafrikanern in Erinnerung, dass Südafrika ein Land ist, das unter Wasserknappheit leidet und dass das Recht auf Wasser ein Menschenrecht ist, welches jedoch wie jedes Recht nicht ohne Verantwortung besteht.<sup>28</sup> Erst 2010 hat die UN Vollversammlung das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung anerkannt.<sup>29</sup> Mit dieser Entscheidung wird politisch und völkerrechtlich klargestellt, dass das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung den anderen Menschenrechten gleichgestellt ist. Jetzt gilt es, dieses Menschenrecht konsequent in die Praxis umzusetzen. Noch immer sieht man nämlich im Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung ein zu befriedigendes Grundbedürfnis, nicht jedoch ein Menschenrecht, auf das jede Person Anspruch hat. Dies ist ein wesentlicher qualita-

<sup>26</sup> Siehe [http://www.munichre-foundation.org/StiftungsWebsite/Projects/SocialVulnerability/UNU/de/2010\\_EnvironmentalChangeMigration\\_DieErdestehtKopf.htm](http://www.munichre-foundation.org/StiftungsWebsite/Projects/SocialVulnerability/UNU/de/2010_EnvironmentalChangeMigration_DieErdestehtKopf.htm) (20.5.2011).

<sup>27</sup> Siehe dazu auch Ruppel 2012b.

<sup>28</sup> Vgl. <http://www.dwaf.gov.za/Communications/PressReleases/2011/WaterWeek2011mediarelease.pdf> (24.5.2011).

<sup>29</sup> UN Resolution verabschiedet auf der 64. Generalversammlung, GA/10967.

tiver Unterschied. Menschenrechte basieren auf einem völkerrechtlichen Vertrag und müssen staatlicherseits geachtet, geschützt und gewährleistet werden.<sup>30</sup>

### ***Exkurs: Wasser als Menschenrecht – „Buschleute“ im Central Kalahari Game Reserve<sup>31</sup>***

Viele Jahre lang war das Bohrloch in Mothomelo die einzige zuverlässige Wasserquelle für die „Buschleute“ im Central Kalahari Game Reserve (CKGR). Als die Regierung von Botswana die „Buschleute“ 2002 gewaltsam aus dem Reservat vertrieb, entfernte sie die Pumpe und verschloss das Bohrloch für den Fall, dass die indigenen „Buschleute“ versuchen würden zurückzukehren. Trotz einer gerichtlichen Anordnung von 2006, der nach die „Buschleute“ ein durch die Verfassung gegebenes Recht haben auf ihrem Land zu leben, weigerte sich die Regierung zunächst, ihnen zu gestatten, das Bohrloch wieder in Betrieb zu nehmen – auch nicht auf eigene Kosten. Die Regierung Botswanas hat das Bohrloch verschlossen, weil sie nicht möchte, dass „Buschleute“ im Reservat leben. Sie sagt, dass dies „das Leben wilder Tiere gefährden“ könne. Wenn die vielen indigenen „Buschleute“, die in Folge der Gerichtsentscheidung von 2006 in ihre Heimat zurückgekehrt sind, also an akutem Wassermangel leiden, seien sie selbst daran schuld, denn „sie haben sich dazu entschieden, an einem Ort zu leben, an dem es kein Wasser gibt“ (Ruppel 2011b, 228).

In dem unlängst in Botswana ergangenen Urteil *Matsipane Moseithanyane and Others v the Attorney General of Botswana*<sup>32</sup> hat das *Botswana Court of Appeal* eine Entscheidung des High Court aufgehoben, welche den Kalahari „Buschleuten“ verbot, Wasserlöcher in der Central Kalahari Game Reserve zur Wasserversorgung aufrechtzuerhalten. Das bahnbrechende Urteil bekräftigte das Menschenrecht auf Wasser und insbesondere jenes indigener Völker. In seinem Urteil verweist das Gericht unter anderem auf den UN Sozialpakt.

Das Gerichtsurteil ist unter internationaler Beobachtung ergangen. So war auch der UN Sonderbeauftragte für Indigene Völker, der dem UN Menschenrechtsrat berichtete, der Ansicht, dass die Weigerung der Regierung, den „Buschleuten“ Dienstleistungen im Reservat zuzugestehen, nicht mit der Stimmung und der zugrunde liegenden Logik der Entscheidung von 2006 übereinstimme und auch nicht mit den betreffenden internationalen Menschenrechtsstandards.<sup>33</sup>

<sup>30</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3652 – 2, 17. Wahlperiode.

<sup>31</sup> Vertiefend siehe Ruppel und van Wyk (2012 in Vorbereitung)

<sup>32</sup> Fall Nr. CACLB-074-10, Appeal Court of Botswana, Urteil vom 27.1.2011

<sup>33</sup> Vgl. Report by the Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people, James Anaya, Addendum on the Situation of Indigenous People in Botswana, UN General Assembly A/HRC/15, 22 February 2010 <http://www2.ohchr.org/english/issues/indigenous/rapporteur/docs/ReportVisitBotswana.pdf> (2.3.2012), 30.

Die Achtung der Menschenrechte und der Umweltschutz müssen künftig im Bedarfsfall auch stärker gegen die Staatensouveränität abgewogen werden. Dies klingt wie ein Angriff auf das klassische Völkerrecht und ist wohl teilweise auch so gemeint (Lorenzmeier 2008). Gerade wenn es um Wasserknappheit und Klimawandel geht, muss die Völkergemeinschaft eine universellere Rechtsordnung entwickeln. Es ist nämlich eine Illusion, zu glauben, eine stabile Weltordnung könne allein auf nationaler Staatsgewalt beruhen. Ohne Zweifel stellt die Staatensouveränität einen wichtigen Grundpfeiler der Völkerrechtsordnung dar. In Ergänzung dazu besagt das Territorialprinzip, dass ein Staat über bestimmte Gebiete endgültig und ohne Einschaltung weiterer Völkerrechtssubjekte verfügen kann. Allerdings kann das Völkerrecht der Ausübung nationaler Souveränität ebenso wie dem Territorialprinzip Grenzen setzen. Das wurde auch immer wieder in Bezug auf die begrenzte Territorialhoheit über natürliche Ressourcen thematisiert. Völkerrechtlich handelt es sich bei Wasser um eine natürliche Ressource, auf die sich die Territorialhoheit eines Staates auch grundsätzlich erstreckt. In diesem Zusammenhang bedarf es jedoch eines weiteren Diskurses, nämlich ob künftig ggf. das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit und die regionale Verknappung von Trinkwasser eine Einschränkung staatlicher Souveränität und Integrität rechtfertigt, auch um Konflikten vorzubeugen (mit weiteren Nachweisen Lorenzmeier 2008).

Auf nationaler Ebene stellt sich immer wieder die Frage nach einer sozialen Gerechtigkeit im Sinne eines Menschenrechts, die auch für diejenigen, die finanzielle Mittel nicht selbst erwirtschaften können, Lebensbedingungen zur Verfügung stellt, die unter den jeweils gegebenen sozioökonomischen Bedingungen, als erträglich und gerecht angesehen werden (Roschmann 2011). Diese sozialen Rechte sowie ein nachhaltiger Demokratisierungsprozess sind Grundvoraussetzungen für Armutsreduzierung, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung. Um soziale Rechte und damit eine nachhaltige menschliche Entwicklung zu ermöglichen, bedarf es adäquater finanzieller Mittel und einer Zivilbevölkerung, die ihre Rechte formuliert und einfordert. Die Stärkung des Rechtswesens ist dann essentiell, um die Durchsetzung sozialer Rechte gewährleisten zu können. Besonders förderlich in diesem Zusammenhang ist ein bestehendes Verwaltungsrecht und eine funktionierende Verwaltungsgerichtsbarkeit, bei der von Verwaltungsakten Betroffene diese überprüfen lassen können, da ansonsten Willkür die Erwartbarkeit wirtschaftlichen Planens und die Rechtssicherheit stark vermindern (Roschmann 2011).

Afrikaweit gibt es bekanntermaßen eine Vielzahl von Faktoren, die ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und eine soziale Entwicklung hemmen. Mangelnde Kompetenz, Desinteresse auf der Verwaltungs- und Überregulierung auf der gesetzgeberischen Ebene sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen (Roschmann 2011). Allen voran ist indes die Korruption als eines der zentralen Probleme zu nennen, welche nicht zu Unrecht als „Krebsgeschwür“<sup>34</sup>

<sup>34</sup> So der damalige Präsident der Weltbank James Wolfensohn in seiner Ansprache zur Jahreshauptversammlung der Weltbank 1996.

des Kontinents bezeichnet wird, da sie vergeudende Leistungsaustausche bewirkt, die hohen volkswirtschaftlichen und entwicklungsrelevanten Schaden anrichten (Edenhofer/Flachsland/Luderer 2009).

## **Entwicklungszusammenarbeit**

Westliche Industrienationen verfolgen in ihrer Wirtschafts- und Entwicklungspolitik offensichtlich einen Ansatz, in dem Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte durchaus eine Rolle spielen. Die deutsche Bundeskanzlerin formulierte den Ansatz der

### ***Exkurs: China und Neokolonialismus in Afrika?***

Immer wieder werden Stimmen laut, in Afrika entwickle sich derzeit ein Neokolonialismus<sup>35</sup> im Sinne eines Wettlaufes um die natürlichen Ressourcen. Dieser Vorwurf wird in erster Linie an die Adresse Chinas gerichtet, welches derzeit verstärkt entwicklungs- und geopolitisch in Afrika aktiv ist,<sup>36</sup> weitestgehend ohne Investitionen an besondere Konditionen wie Demokratie, *Good Governance* oder die Einhaltung von Menschenrechten zu knüpfen (Nuscheler 2008).

Wenngleich die Terminologie des „Neokolonialismus“ sicherlich nicht zutreffend ist (Schüller/Asche 2008), werfen gewisse Vorgänge auf dem Afrikanischen Kontinent in Bezug auf ausländische Investitionen durchaus Fragen auf. Eine jüngst erstellte Analyse<sup>37</sup> über globale Wasserknappheit des britischen Instituts Maplecroft besagt beispielsweise, dass wasserarme ölfreiche Golfstaaten sowie Indien, Südkorea und China Agrarland in wasserreicheren Entwicklungsländern aufkaufen, um die eigene Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten und sich von der Volatilität der globalen Nahrungsmittelpreise unabhängig zu machen.

Bundesregierung in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit im Vorfeld ihres Besuches bei der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Februar des Jahres 2011 folgendermaßen:

„Auf der einen Seite haben wir die ethische Verpflichtung, wo immer uns das möglich ist, Menschen in Not zu helfen und ihnen Wege zu öffnen, damit sie selber besser leben können. Dabei geht es vor allen Dingen

<sup>35</sup> Im Jahr 2006 warnte der damalige Südafrikanische Präsident Thabo Mbeki vor einer kolonial geprägten Verbindung Chinas zu Südafrika. Siehe Nachrichten der BBC vom 14.12.2006; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/6178897.stm> (23.5.2011).

<sup>36</sup> Im Fokus der Kritik stehen „Chinas Strategien zur Sicherung des Zugangs zu Energie- und Rohstoffressourcen mit Hilfe weicher Kredite und von Entwicklungsprojekten“ (Schüller/Asche 2007).

<sup>37</sup> Maplecroft Water Stress Index. Siehe Maplecroft (18.5.2011). „Maplecroft index identifies Bahrain, Qatar, Kuwait and Saudi Arabia as world’s most water stressed countries – Key emerging economies and oil rich nations export water issues to ensure food security through African ‚land grab‘“; [http://www.maplecroft.com/about/news/water\\_stress\\_index.html](http://www.maplecroft.com/about/news/water_stress_index.html) (23.5.2011).



um Hilfe zur Selbsthilfe. Zum anderen ist Entwicklungszusammenarbeit aber auch in unserem ureigensten Interesse. Denn auch wir wollen, dass wir in einer Welt leben, in der es mehr und mehr demokratische und stabile Strukturen gibt, in denen Menschen keine Not verspüren, zum Beispiel aus ihren eigenen Ländern zu flüchten und bei uns Asylanträge zu stellen. Auch hier geht es darum, Stabilität und Demokratie vor Ort weltweit zu gestalten“ (Merkel 2011, 1).

Hier geht es ganz offenbar nicht um einen „Wettlauf um die natürlichen Ressourcen in Afrika“ und im Hinblick auf ein nachhaltiges Wasser- und Landmanagement im südlichen Afrika sollte durchaus positiv festgehalten werden, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag leistet. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt beispielsweise auch grenzüberschreitende Wasserkooperationen im südlichen Afrika. Mit einem Beitrag von 8,5 Mio. Euro (für den Zeitraum 2005–2011) fördert die deutsche Bundesregierung die gemeinsame nachhaltige Bewirtschaftung der grenzüberschreitenden Wasserressourcen in der SADC Region:<sup>38</sup> Durch das Vorhaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sollen

- die Flussgebietsorganisationen der Oranje (in manchen Teilen auch Senqu genannt) und Limpopo Becken in ihrer institutionellen Leistungsfähigkeit gestärkt werden;
- ein Prozess der Harmonisierung der Wasserpolitiken der SADC Mitgliedsstaaten eingeleitet werden und
- institutionelle sowie berufliche Kapazitäten für grenzüberschreitende Wasserversorgungsmaßnahmen aufgebaut beziehungsweise verbessert werden.

## Schlussfolgerungen

Im Afrika südlich der Sahara sind nicht nur die meisten der ärmsten Länder der Welt angesiedelt, es haben sich dort auch die Durchschnittswerte für den Lebensstandard in den vergangenen Jahrzehnten weiter verschlechtert. Heute leben dort etwa 72% der Bevölkerung von weniger als US \$ 2 am Tag. Ihre Wirtschaftskraft beruht zum großen Teil weiterhin auf der Landwirtschaft; viele Menschen leben als Subsistenzbauern. Die Infrastruktur ist noch immer unterentwickelt. Einige Länder haben zwar von gestiegener Nachfrage Asiens (insbesondere Chinas und Indiens) nach Erzen, Erdöl und Erdgas profitiert. Da diese Sektoren jedoch wenig arbeitsintensiv sind, sind Umverteilungsmaßnahmen notwendig, um die Einnahmen für die Armutsbekämpfung zu nutzen.<sup>39</sup>

Es ist an der Zeit, dass die Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weltweit, aber auch in Afrika, unablässig und sachlich an ihre Verantwortung erinnert werden, für das nationale wie globale Gemeinwohl und dessen Gefährdung durch den Klimawandel,<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Siehe [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/themen/umwelt/wasser/deutscher\\_beitrag/grenzueberschreitend/wasser\\_grenzueberschreitend/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/umwelt/wasser/deutscher_beitrag/grenzueberschreitend/wasser_grenzueberschreitend/index.html) (17.5.2011).

<sup>39</sup> Vgl. [http://www.ekd.de/EKD-Texte/68904.html#\\_ftn46](http://www.ekd.de/EKD-Texte/68904.html#_ftn46) (19.5.2011).

<sup>40</sup> Hierzu auch Ruppel/Grimm/van Wyk (2011).



zunehmende Wasserknappheit und ungerechte Landverteilung. In seiner Antrittsrede 2004 hatte Bundespräsident Horst Köhler auf die moralische Verantwortung hingewiesen, die die Menschheit für Afrika habe: „Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas“ (Köhler 2004).

Einem UNESCO Wasserbericht zufolge hängt der Erfolg im Kampf gegen die Armut künftig von der Fähigkeit ab, in die Ressource Wasser zu investieren.<sup>41</sup> Weltweit wird heute dreimal mehr Trinkwasser als 1960 gebraucht und die bewässerte Fläche hat sich verdoppelt. Eine der Ursachen dafür ist das anhaltende Bevölkerungswachstum, das 2030 zu einer Weltbevölkerung von knapp zehn Milliarden Menschen führen wird, deren Nahrungsmittelversorgung viel Wasser benötigt.<sup>42</sup> Physikalische und ökonomische Ressourcenknappheit muss mittelfristig auch zu einer neuen Weltwasserordnung führen. Hierfür bedarf es neben institutionellen Übereinkommen auch völkerrechtlicher Verständigung und Entwicklungshilfe für Kleinfarmer in Afrika. Mithilfe von Mikrokrediten, verbesserter Bildung und regionaler Integration müssen Wasserknappheit überwunden und weltweit größere Ressourcengerechtigkeit erzielt werden.

Die vorgenannten Themen werfen zugleich die Frage nach der gerechten Verteilung von Lasten und Pflichten bei der Umwandlung hin zu einer gerechteren Weltgemeinschaft auf, nämlich wie ein fairer Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aussehen könnte. Erst wenn Entscheidungsträger aus Landwirtschaft, Energie, Handel und Finanzsektor eingebunden sind und Partnerschaften zwischen Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft entstehen, könne Wassermanagement wirksam werden.<sup>43</sup> Wasser – ebenso wie Land – haben ohne Zweifel den Status eines ökonomischen Guts. Aber kann ein Menschenrecht, als welches der Zugang zu Wasser mittlerweile und mit guten Gründen gesehen wird, gleichzeitig ein Wirtschaftsgut sein, dessen Angebot sich an der Kaufkraft der Nachfrager orientiert? Es bleibt also die Frage ob solch lebensnotwendige Güter rein ökonomischen Theorien unterworfen bleiben dürfen.

Ferner bleibt festzuhalten, dass das Verhältnis zwischen Land- und Wasserrechten ökonomisch, politisch und kulturell komplex ist und diese Komplexität mit dem fortschreitenden Klimawandel noch zunehmen wird. Der Zusammenhang zwischen Wasser und Land und die Relevanz dieser Ressourcen für nachhaltige Entwicklung in der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas kann daher kaum überschätzt werden. Die Brennpunkte „Wasser und Land“ verlangen nach mehr sozialer Gerechtigkeit gepaart mit integrierter Politik, Planung und Management von Wasser- und Landressourcen sowie nach innovativen Möglichkeiten zu regionaler und ökonomischer Entwicklung, die auf Stabilität von Ökosystemen abzielt und zur Armutsreduzierung, nachhaltigen Nutzung von Lebensräumen und zur Lebensmittelsicherheit beiträgt.

---

<sup>41</sup> Vgl. <http://www.unesco.org/water/wwap> (19.5.2011).

<sup>42</sup> Vgl. <http://www.presetext.com/news/20090313004> (19.5.2011).

<sup>43</sup> Vgl. <http://www.presetext.com/news/20090313004> (19.5.2011).

Die Präsentation basierte vollinhaltlich auf folgender Aufsatzveröffentlichung:

*Oliver C. Ruppel, Wasser und Land. Brennpunkte innerhalb der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), in: Michael Reder / Hanna Pfeifer (Hrsg.); Kampf um Ressourcen. Weltordnung zwischen Konkurrenz und Kooperation (Globale Solidarität, – Schritte zu einer neuen Weltkultur, Bd. 22), Kohlhammer, Stuttgart, S. 59–85 [erschieden im Juni 2012]*

Prof. Dr. Oliver C. Ruppel

Professor für Rechtswissenschaften an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Stellenbosch (Südafrika) und Co-Leitautor der Arbeitsgruppe II des Weltklimarates (IPCC)

## Literatur

- Ambunda, L./de Klerk, S. 2008. Women and custom in Namibia: A research Overview, in: Ruppel, O.C. (Hg.). *Women and Custom Namibia: Cultural Practice versus Gender Equality?* Windhoek, 43–81. [http://www.kas.de/proj/home/pub/8/2/dokument\\_id-15086/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/8/2/dokument_id-15086/index.html) (12.5.2011).
- Bates, B.C./Kundzewicz, Z.W./Wu, S./Palutikof, J.P. (Hg.) 2008. *Climate Change and Water*, Genf.
- Baxter, J. 1989. Wie Gold, nur besser. Fette Dividenden aus Afrikas Böden, in: *Le Monde Diplomatique (9089)*, 15.1.2010.
- Binswanger, H.P./Deininger, K. 1996. South African Land Policy: The Legacy of History and Current Options, in: Zyl, J. van/Kirsten, J./Binswanger, H.P. (Hg.), *Agricultural Land Reform in South Africa. Policies, Markets, Mechanisms*, Kapstadt, 64–103.
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2007. Partner für ein starkes Afrika – Zusammenarbeit im Bereich Wasser, in: *BMZ Materialien (162)*, [http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie162.pdf](http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie162.pdf) (13.5.2011).
- Brandt, H./Otzen, U. 2002. Bodenreform – Voraussetzung aller Entwicklung, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit (11)*, 304–308, <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez1102-5.htm> (17.5.2011).
- Brown, O./Crawford, A. 2009. *Climate Change and Security in Africa*, Winnipeg.
- Chipika, J.T. 2007. It is almost half time – Will the SADC Region Achieve the Millennium Development Goals (MDGs) by the Target Date of 2015?, in: *MDG Watch (2)*, [http://www.sarpn.org.za/documents/d0002679/MDG\\_Watch\\_Issue2\\_June2007.pdf](http://www.sarpn.org.za/documents/d0002679/MDG_Watch_Issue2_June2007.pdf) (23.5.2011).
- Cliffe, L. 2000. Land Reform in South Africa, in: *Review of African Political Economy (84)*, 273–286.
- Der Spiegel 2004. *Derbe Töne*, 20.9.2003, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-32205215.html> (20.5.2011).
- Edenhofer, O./Flachsland, C./Luderer, G. 2009. Global Deal: Eckpunkte einer globalen Klimaschutzpolitik, in: Wallacher, J./Scharpenseel, K. (Hg.), *Klimawandel und globale Armut. Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur*, Stuttgart.
- Edenhofer, O./Wallacher, J./Reder, M./Lotze-Campen, H. 2010. *Global aber Gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen*, München.
- GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) 2010. *Gerecht verteilt – nachhaltig genutzt. Unterstützung der Landreform*, 1.3.2010, [http://www2.gtz.de/dokumente/bib-2010/gtz2010-0169de-landreform-na\\_mibia.pdf](http://www2.gtz.de/dokumente/bib-2010/gtz2010-0169de-landreform-na_mibia.pdf) (20.5.2011). Haring, S.L./Odendaal, W. 2007. *No Resettlement Available: An Assessment of the Expropriation Principle and its Impact on Land Reform in Namibia*, Windhoek.
- Haring, S.L./Odendaal, W. 2008. *Kessl: A New Jurisprudence for Land Reform in Namibia*, Windhoek.
- Hinz, M.O./Ruppel, O.C. (Hg.) 2008. *Biodiversity and the Ancestors: Challenges to Customary and Environmental Law. Case studies from Namibia*, Windhoek.

- Hinz, M.O./Ruppel, O.C. 2010. Biodiversity conservation under Namibian environmental law, in: Schmiedel, U./Jürgens, N. (Hg.), *Biodiversity in southern Africa*, Göttingen/Windhoek, 190–194.
- Hofmann, E. 2008. Landreform Zwischen Illusion und Existenzkampf – Die Landreform bleibt auf lange Sicht eine nationale Bewährungsprobe, in: *Tagesspiegel* 22.2.2008, <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/reise/zwischen-illusion-und-existenzkampf/1170872.html> (20.5.2011).
- Hofmann, E./Naruseb, A. 2010. Landreform: Entscheidungsträger müssen von der Realität ausgehen. Interview with Minister of Land and Resettlement Alpheus !Naruseb, in: *Allgemeine Zeitung*, 26.3.2010.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) 2007. *Fourth Assessment Report: Climate Change – Impacts, Adaption and Vulnerability. Contribution of Working Group II*, Genf.
- IWF (Internationaler Währungsfond) 2010. *World Economic Outlook 2010*, 1.3.2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx> (20.5.2011).
- Khadiagala, G. 1996. *Allies in Adversity. The Frontline States in Southern African Security, 1975–1993*, Ohio.
- Kisting, D. 2010. Land reform a threat to political stability: Pohamba, in: *The Namibian*, 3.12.2010.
- Köhler, H. 2004. Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Antrittsrede von Bundespräsident Horst Köhler am 1. Juli 2004 im Deutschen Bundestag, [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2004/07/20040701\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2004/07/20040701_Rede.html) (2.3.2012).
- Kumssa, A./Jones, J.F. 2010. Climate change and human security in Africa, in: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* (17: 6), 453–461.
- Leighton, M./Loster, T./Warner, K. 2009. Klimawandel und Migration, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* (9) 323–325. <http://www.inwent.org/ez/articles/156345/index.de.shtml> (14.5.2011).
- Lorenzmeier, S. 2008. *Wasser als Ware*, Baden-Baden.
- McDougall, D. 2010. White farmers ,being wiped out‘, in: *The Sunday Times*, 28.3.2010, <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/africa/article7078730.ece> (6.6.2011).
- Merkel, A. 2011. *Videopodcast der Bundeskanzlerin Nummer 08/11*, 26.2.2011 [http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Podcast/2011/2011-02-26-Video-Podcast/links/2011-02-26-text.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Podcast/2011/2011-02-26-Video-Podcast/links/2011-02-26-text.pdf?__blob=publicationFile) (6.6.2011).
- Mfune, J.K./Ruppel, O.C. 2009. *Namibia Climate Change Strategy and Action Plan*, [http://www.met.gov.na/Documents/NAMIBIA-proposed%20Climate%20Change%20Strategy%20and%20Action%20Plan%20\(13\).pdf](http://www.met.gov.na/Documents/NAMIBIA-proposed%20Climate%20Change%20Strategy%20and%20Action%20Plan%20(13).pdf) (20.5.2011).
- Müller, C./Cramer, W./Hare, W.L./Lotze-Campen, H. 2011. Climate change risks for African agriculture. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* [doi: 10.1073/pnas.1015078108], 1–3, <http://www.pnas.org/content/early/2011/02/23/1015078108.full.pdf+html> (20.2.2012).
- Muenjo, C./Mapaure, C. 2011. *The Land Matters Report*, Windhoek.
- Myers, N. 2005. *Environmental Refugees: An emergent security issue*, Prag.

- Nuscheler, F. 2008. *Die umstrittene Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. INEF Report 93/2008*, Duisburg, Essen.
- Otzen, U. 2000. Warum scheitert Simbabwe an der Landfrage? in: *Namibia Magazin (4)*, 8–11.
- Paulus, S./Haas, J.W. 2008. Vorwort, in: GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), *Klimawandel und Sicherheit – Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit*, Bonn, 5.
- Peters, J. 2003. *Landreform im südlichen Afrika: Motor oder Hindernis demokratischer Entwicklung? Einführungsansprache zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 28.3.2003, [http://www.fes.de/in\\_afrika/studien/Land\\_Reform\\_Einf\\_Juergen\\_Peters\\_Namibia.pdf](http://www.fes.de/in_afrika/studien/Land_Reform_Einf_Juergen_Peters_Namibia.pdf) (21.5.2011).
- Räther, F./Meck, G. 1998. Südafrika – Die Bauern rüsten auf, in: *Focus*, 27.7.1998, [http://www.focus.de/politik/ausland/suedafrika-die-bauern-rueten-auf\\_aid\\_173178.html](http://www.focus.de/politik/ausland/suedafrika-die-bauern-rueten-auf_aid_173178.html) (19.5.2011).
- Roschmann, C. 2011. Menschenrechte und Armut in Afrika, in: Ruppel, O.C./Winter, G./Gatter, T. (Hg.), *Recht von innen: Rechtspluralismus in Afrika und anderswo. Festschrift anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. Manfred O. Hinz*, Hamburg, 421–444.
- Ruppel, O.C. (Hg.) 2008. *Women and Custom Namibia: Cultural Practice versus Gender Equality?*, Windhoek, [http://www.kas.de/proj/home/pub/8/2/dokument\\_id-15086/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/8/2/dokument_id-15086/index.html) (12.5.2011).
- Ruppel, O.C. 2009a. The protection of children's rights under international law from a Namibian perspective, in: Ruppel, O.C. (Hg.), *Children's Rights in Namibia*, Windhoek, 53–100, [http://www.kas.de/proj/home/pub/8/2/dokument\\_id-18139/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/8/2/dokument_id-18139/index.html) (15.5.2011).
- Ruppel, O.C. 2009b. The SADC Tribunal, Regional Integration and Human Rights: Major Challenges, Legal Dimensions and Some Comparative Aspects from the European Legal Order, in: *Recht in Afrika (2)*, 213–238.
- Ruppel, O.C. 2009c. Das SADC Tribunal: Eine Juristische Zwischenbilanz, in: *Allgemeine Zeitung*, 5.2.2009, <http://www.az.com.na/afrika/das-sadc-tribunal-eine-juristische-zwischenbilanz.80234.php> (6.6.2011).
- Ruppel, O.C. 2009d. Koloniale Altlasten in Namibia und die Grenzen des Völkerrechts, in: *Allgemeine Zeitung*, 12.8.2009 <http://www.az.com.na/politik/koloniale-altlasten-in-namibia-und-die-grenzen-des-vlkerrechts.90808.php> (21.5.2011).
- Ruppel, O.C. 2009e. Regional Economic Communities and Human Rights in East and Southern Africa, in: Bösl, A./Diescho, J. (Hg.), *Human Rights in Africa*, Windhoek, 275–319, [http://www.kas.de/upload/auslandshomepages/namibia/Human\\_Rights\\_in\\_Africa/9\\_Ruppel.pdf](http://www.kas.de/upload/auslandshomepages/namibia/Human_Rights_in_Africa/9_Ruppel.pdf) (15.5.2011).
- Ruppel, O.C. 2009f. The Southern African Development Community (SADC) and its Tribunal: Reflexions on Regional Economic Communities' Potential Impact on Human Rights Protection. In: *Verfassung und Recht in Übersee (2)*, 173–186.
- Ruppel, O.C. 2010a. Der Klimawandel trifft Frauen und Kinder besonders hart, in: *Allgemeine Zeitung*, 30.8.2010; <http://www.az.com.na/soziales/der-klimawandel-trifft-frauen-und-kinder-besonders-hart.112644.php> (6.6.2011).
- Ruppel, O.C. 2010b. SACU 100: The Southern African Customs Union turns 100, in: *Namibia Law Journal (2)*, Windhoek, 121–134, [http://www.namibia-lawjournal.org/pnTemp/downloads\\_upload/Journal\\_Vol2\\_Iss2/NLJ\\_section\\_7.pdf](http://www.namibia-lawjournal.org/pnTemp/downloads_upload/Journal_Vol2_Iss2/NLJ_section_7.pdf) (14.5.2011).

- Ruppel, O.C. 2010c. Women's Rights and Customary Law in Namibia: A Conflict between Human and Cultural Rights? in: *Basler Afrika Bibliographien Working Papers (2)*, 1–33, [http://www.baslerafrika.ch/upload/files/WP\\_2010\\_2\\_Ruppel.pdf](http://www.baslerafrika.ch/upload/files/WP_2010_2_Ruppel.pdf) (20.5.2011).
- Ruppel, O.C. 2011a. Climate Change and Human Vulnerability in Africa, in: Ruppel, O.C./Ruppel-Schlichting, K. (Hg.) *Environmental Law and Policy in Namibia*, Windhoek, 308–315.
- Ruppel, O.C. 2011b. Human Rights and Environment, in: Ruppel, O.C./Ruppel-Schlichting, K. (Hg.). *Environmental Law and Policy in Namibia*, Windhoek, 219–237.
- Ruppel, O.C. 2011c. Mike Campbell verstorben: Und das SADC Tribunal?, in: *Allgemeine Zeitung*, 20.4.2011, <http://www.az.com.na/afrika/mike-campbell-verstorben-und-das-sadc-tribunal.125669.php> (6.6.2011).
- Ruppel, O.C. 2011d. The International, African and Regional Institutional, Legal and Policy Framework of Climate Change, in: African Union, AMCEN & United Nations Environment Programme *Addressing Climate change Challenges in Africa*, Nairobi, 138–166.
- Ruppel, O.C. 2012a. SADC land issues before the SADC Tribunal – A case for Human Rights?, in: Chigara, B. (Hg.) *Southern Africa Development Community Land Issues. Towards a New Sustainable Land Relations Policy*, London, 89–120.
- Ruppel, O.C. 2012b. Klimathot och migration i Afrika – en global rättvisefråga. *Signum* 1/2012, 36–42.
- Ruppel, O.C./Bangamwabo, F.X. 2008. The Mandate of the SADC Tribunal and its Role for Regional Integration, in: Bösl, A./Breydenbach, K./Hartzenberg, F./Mccarthy, C./Schade, K. (Hg.), *2008 Yearbook for Regional Integration*, Stellenbosch, 179–221, [http://www.tralac.org/cause\\_data/images/1694/MRI2008WithCover20090415.pdf](http://www.tralac.org/cause_data/images/1694/MRI2008WithCover20090415.pdf) (15.5.2011).
- Ruppel, O.C./Bethune, S. 2007. *Review of Namibian Policy and legislative support to the sustainable use of wetlands in the Zambezi Basin. Report for the World Conservation Union (IUCN)*, Harare, [http://www.ramsar.org/features/features\\_namibia\\_review.pdf](http://www.ramsar.org/features/features_namibia_review.pdf) (12.5.2011).
- Ruppel, O.C./Grimm, S./van Wyk, S. 2011. It's a problem that can't wait, *The Star*, 12.12.2011. <http://www.iol.co.za/the-star/it-s-a-problem-that-can-t-wait-1.1196378> (20.2.2012).
- Ruppel, O.C./van Wyk, S. 2012 (in Vorbereitung). The Basarwa community in the Central Kalahari Game Reserve and their quest for water: The case of *Mosetlhanyane & Matsipane v The Attorney General of Botswana*, in: Hinz, M.O./Mapaure, C./Ruppel, O.C. (eds) *Knowledge lives in the lake. Namibian case studies in environmental and customary law*, Windhoek.
- Schoeman, M. 2002. *From SADCC to SADC and Beyond: The Politics of Economic Integration. Paper presented at the 13 Congress of the International Economic History Organisation, Buenos Aires*, <http://eh.net/XIIICongress/Papers/Schoeman.pdf> (19.5.2011).
- Schüller, M./Asche, H. 2007. *China als neue Kolonialmacht in Afrika? Umstrittene Strategien der Ressourcensicherung*. GIGA Focus Nr. 1 2007. Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Hamburg. [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_global\\_0701.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0701.pdf) (23.5.2011).
- Schwarz, M. 2002. Landreform in Simbabwe, in: *Internationales Afrikaforum*, 38. Jg., Heft 1.
- Tänzler, D. 2009. Entwicklungsrisiko Klimawandel: Die Notwendigkeit kooperativer Ansätze, in: *SWP Diskussionspapier (4)*, Berlin [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/fg8\\_2009Nr04\\_taezler\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/fg8_2009Nr04_taezler_ks.pdf) (17.5.2011).



- UNDP (United Nations Development Programme, United Nations Population Division (UNPD)) 2008. *World Population Prospects: The 2008 Revision*, New York, <http://esa.un.org/unpp/p2k0data.asp> (13.5.2011).
- UNEP (United Nations Environment Programme) 2008. *Africa – Atlas of our changing environment*, Nairobi.
- Van den Bosch, S. 2011. Southern Africa: Non-Tariff Trade Barriers Springing Up, in: *Inter Press Services*, 12.3.2011, <http://www.globalissues.org/news/2011/03/11/8848> (19.5.2011).
- Vereinte Nationen 2006. *United Nations World Water Development Report (2)*, <http://www.unesco.org/new/en/natural-sciences/environment/water/wwap/wwdr/wwdr2-2006/> (12.5.2011).
- Vereinte Nationen 2010. *The Millenniums Development Goals Report 2010*, <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202010%20En%20r15%20-low%20res%2020100615%20-.pdf> (23.5.2011).
- Weidlich, B. 2007. Farmworkers at Odds with Former Police General, in: *The Namibian*, 7.6.2007, [http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=36413&no\\_cache=1](http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx_ttnews%5Btt_news%5D=36413&no_cache=1) (28.3.2010).
- Weidlich, B. 2007. Forgotten Farmworkers Still Waiting, in: *The Namibian* 24.8.2007, [http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=32255&no\\_cache=1](http://www.namibian.com.na/index.php?id=28&tx_ttnews[tt_news]=32255&no_cache=1) (28.3.2010).
- Werner, W. 2000. Machtkontrolle und Armutsbekämpfung. Landfrage in Namibia, in: *Afrika Süd* (5), 9–12.
- Wirkus, L/Böge, V. 2005. *Afrikas Internationale Flüsse und Seen – Stand und Erfahrungen im grenzüberschreitenden Wassermanagement in Afrika an ausgewählten Beispielen*, Bonn.